WP-02-302-4 Ein Land der intakten Lebensgrundlagen

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-02

Von Zeile 301 bis 302 einfügen:
Klimakrise erfordern eine Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Wasserentnahmentgelts.
Dabei ist sicherzustellen, dass keine Befreiung vom Wasserentnahmeentgelt für die Befüllung der Tagebaurestseen im Rheinischen Revier erfolgt. Wir prüfen eine Zusammenführung der tagebauspezifischen Grundwassermonitorings zu einem revierweiten Grundwassermonitoring.
Aufbauend auf den Ergebnissen des Gutachtens zur Überprüfung der Folgekosten und -aufgaben durch den Braunkohlenabbau werden wir Maßnahmen treffen, damit RWE hierfür dauerhaft mit seinem gesamten Vermögen haftet und die Allgemeinheit nicht belastet wird.
Wir überprüfen die Einleitkonzepte der RAG bezüglich des Grubenwassers im Ruhrgebiet auf eine Anpassung an die Folgen der Klimakrise, insbesondere zum Schutz von Oberflächengewässern bei Niedrigwasser.
Wir stehen an der Seite der Bergbaubetroffenen. Wir begrüßen daher den probeweisen Beitritt von K+S in die Schlichtungsstelle und setzen uns weiterhin dafür ein, dass dieser Beitritt dauerhaft verlängert wird alle Unternehmen des Salzbergbaus diesem Beispiel folgen. Gemeinsam mit den Schlichtungsstellen, den Betroffenenverbänden und den Bergbauunternehmen prüfen wir eine Zusammenführung der unterschiedlichen Schlichtungsstellen zu einer zentralen Schlichtungsstelle.
Der Salzabbau am Niederrhein wird die Region auf Jahrhunderte prägen. Zur gerechteren Bearbeitung von Bergschadensfällen setzen wir uns beim Bund für eine Verlängerung der bergschadensrelevanten Verjährungsfristen ein. Wir installieren ein transparentes Monitoring der Veränderungen im regionalen Wasserhaushalt und der Bodenbewegungen.
Zur Erhöhung der Transparenz im Bergbau werden wir datenschutzkonform und einfach zugänglich alle bergrechtlichen Genehmigungen veröffentlichen.
Wir entwickeln den Unterausschuss Bergbausicherheit im Landtag zu einem Unterausschuss für Bergbausicherheit und Nachbergbau weiter.

Begründung

Die Bergbauregionen werden noch auf Jahrhunderte mit den Bergbaufolgen, insbesondere mit der Wiederherstellung des Wassserhaushaltes, zu kämpfen haben. Die Kosten müssen nach dem Verursacherprinzip von den bergbautreibenden Unternehmen getragen werden. Insbesondere der Salzbergbau muss mehr in den Fokus gerückt werden, da hier die Schäden oft erst nach Jahrzehnten auftreten und beispielsweise am linken Niederrhein mehrere Risikofaktoren zusammenkommen könnten. Als Grüne haben wir immer an der Seite der Bergbaubetroffenen gestanden und unsere Politik sollte weiterhin vorausschauend und vorsorgend ausgerichtet sein.

Unterstützer*innen

Marvin Kerasowitis (KV Rhein-Erft-Kreis); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Karin Sopart (KV Olpe); Annika Effertz (KV Rhein-Erft-Kreis); Kai Florenz Brehe (KV Steinfurt); Astrid Dahmen-Fries (KV Rhein-Erft-Kreis); Eric Winzer (KV Rhein-Erft-Kreis); Mara Kleine (KV Düsseldorf); Katharina Maria Büttgen (KV Rhein-Erft-Kreis); Christina Osei (KV Bielefeld); Roxanne Motté (KV Krefeld); Jürgen Peters (KV Rhein-Erft-Kreis); Norwich Rüße (KV Steinfurt); Judith Vogt (KV Aachen); Rebecca Joest (KV Wuppertal); Ursula

Ehren (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Manfred Waddey (KV Köln); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Hans Schwanitz (KV Köln)